

St. Theresien-Krankenhaus
Unternehmenskommunikation
Anja Müller
Tel. 0911 5699-201
anja.mueller@theresien-krankenhaus.de



22.03.2020

Pressemitteilung

Enttäuschung und Entsetzen bei den Krankenhäusern angesichts des vorliegenden Gesetzesentwurfes zur Finanzierung der Kliniken im Kampf gegen das Coronavirus

Dr. Rainer Beyer, Vorsitzender des Katholischen Krankenhausverbandes in Bayern (KKVB), wendet sich mit einem emotionalen Appell an die Politik: „Der Gesetzentwurf von Minister Spahn ist ein Schlag ins Gesicht der an vorderster Front stehenden Ärzte und Pflegekräfte“

Noch am Freitagmittag hatte ein breites gesellschaftliches Bündnis die Menschen dazu aufgerufen, zur Mittagszeit auf Balkonen und an Fenstern für die Ärzte und die Pflegekräfte in unseren Kliniken laut zu klatschen, als Zeichen des Dankes im Kampf gegen das Coronavirus. Doch kaum war der Applaus verhallt, präsentierte Gesundheitsminister Spahn seinen Gesetzentwurf zur Finanzierung der Krankenhäuser angesichts der Pandemie.

Er ist ein offener Schlag ins Gesicht für die Kliniken und deren Mitarbeiter und Anlass für Dr. Rainer Beyer, Hauptgeschäftsführer der gemeinnützigen Trägergesellschaft (TGE) für die Einrichtungen der Schwestern vom Göttlichen Erlöser (Niederbronner Schwestern) einen emotionalen Appell an die Politik zu richten. Die TGE ist Träger des

St. Theresien-Krankenhauses in Nürnberg und des St. Josefs Krankenhauses Balseische Stiftung in Gießen. Beyer ist zudem Vorsitzender des Katholischen Krankenhausverbandes in Bayern (KKVB).

„Ohne zu wissen, ob wir es überhaupt existenziell stemmen können, haben wir unsere Krankenhäuser im Angesicht der Pandemie organisatorisch umgekrempelt. In Deutschland wurde offensichtlich das Gesundheitssystem lange nicht ausreichend informiert. Sehr hart und in der sicheren Auffassung, dass die Krankenhäuser in Deutschland schon leidensfähig sein werden, sollten wir uns ab vergangener Woche von einer Minute auf die nächste zu hundert Prozent auf Notfälle und Coronapatienten vorbereiten.“

Wir haben Ärzte und Pflegekräfte aus allen Fachabteilungen geschult, damit jeder die Grundlagen intensivmedizinischer Betreuung beatmeter Patienten erlernt. Planbare Patientenbehandlungen, die in unseren Häusern etwa die Hälfte der Einnahmen ausmachen, wurden auf Anordnung ausgesetzt. Wir haben sehr kurzfristige Abfragen der Länder beantwortet. Wir haben Lösungen gesucht, wie man Einmalschutzkleidung nochmals aufbereiten kann, um sie wenigstens ein zweites Mal beim Umgang mit hochinfektiösen Patienten zu tragen. Mit riesigem Engagement, mit Sorge und Angst, aber mit Übersicht und Professionalität haben wir uns in unseren Häusern vorbereitet.

Wir hatten das Versprechen der Kanzlerin, man wird uns nicht hängen lassen, wenn wir nur handeln.

Und mein Optimismus war ungebrochen, da ich der Regierung in dieser schwierigen Lage einen Vertrauensvorschuss geschenkt habe, der hier in Bayern mit Blick auf unbürokratische Soforthilfen und ähnliches, auch eingehalten wurde. Was jedoch den Inhalt des mir vorliegenden Gesetzesentwurf zur Krankenhausfinanzierung angeht, bin ich konsterniert, ja förmlich entsetzt“, sagt der KKVB-Vorsitzende.

Er kritisiert scharf, dass das Gesundheitsministerium in einer der größten Krisen des deutschen Gesundheitssystems an einem „Bürokratiemonster“ festhalte, statt die vorhandenen Arbeitskräfte auf die Behandlung von Schwerstkranken zu konzentrieren. Zudem drohe vielen Kliniken mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die Insolvenz: „Die seriös kalkulierten Kosten für die zusätzliche Bereitstellung von Intensivbetten, auf die sich Krankenhäuser und weite Teile der Krankenkassen auch verständigt haben, werden einfach vom Tisch gefegt. Statt 85.000 € soll ein Krankenhaus 30.000 € für ein zusätzliches intensivmedizinisches Bett mit Beatmung erhalten. Herr Spahn: das können wir nicht leisten!“, wendet sich Beyer direkt an den Gesundheitsminister.

„Wir sehen täglich die Bilder und Reportagen aus Italien. Zu wenige Intensivbetten, zu wenig Schutzausrüstung, zu wenig Personal, von Qualifizierung ist gar nicht die Rede, mehr und mehr infiziertes Krankenhauspersonal, erschreckend stark ansteigende Zahlen von Toten jeden Tag seit den letzten drei Wochen. Das sehen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenfalls mit Schrecken und sind in großer Sorge: Wird ausreichend Schutzkleidung vorrätig sein? Reichen unsere Intensivbetten? Wo bekommen wir zusätzliche Beatmungsgeräte her? Stecken sich meine Kollegen und ich an dem Virus an, wer versorgt dann unsere Patienten? Wir brauchen Sicherheit!!“

Noch spricht Dr. Rainer Beyer den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Kliniken seiner Trägergesellschaft Mut zu:

„Ich habe den MitarbeiterInnen in unseren Krankenhäusern ein riesiges Lob dafür ausgesprochen, wie umsichtig, koordiniert, und professionell sie sich auf den unwägbaren Ansturm an Coronapatienten vorbereiten. Ich habe Mut zugesprochen, dass auch von der Politik kurzfristig und schnell unbürokratische Lösungen kommen werden, die uns helfen werden. Tolle Menschen, tolle Teams! Aber wenn es der

Politik nicht gelingt, in den nächsten Tagen ausreichend ordentliche Schutzkleidung bereit zu stellen, dann werden in unseren Krankenhäusern auch die engagiertesten MitarbeiterInnen Fahnenflucht begehen. Am Samstag erhielt ich noch den Hilferuf eines Chefeinkäufers, wann ich denn mit der Lieferung von Bestellungen rechnen würde.

Wir haben uns mit allem was wir haben, in unseren Häusern wirklich vorbildlich vorbereitet. Aber mit diesem Gesetz als Grundlage können wir nicht arbeiten. Wir können uns nicht unserem medizinischen Auftrag an der Front widmen und wir können unserem Personal nicht das Gefühl vermitteln, dass alles Notwendige zur ihrer Sicherheit und zur Bewältigung dieser Krise unternommen wird. Bei einer solchen Gesetzesvorlage geht auch mir die Zuversicht verloren. Als Verantwortlicher für die Mitarbeitenden in unseren Krankenhäusern kann ich nur zum politischen Ungehorsam aufrufen, wenn der Gesetzentwurf so verabschiedet wird, wie er mir heute am 21.3.2020 vorliegt. Deshalb fordere ich die Umsetzung der Eckdaten wie Sie von der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) mit den Krankenkassen abgestimmt worden war.“